

**Sylvia Bretschneider,
Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern
Rede anlässlich des Gedenktages
für die Opfer des Nationalsozialismus
am 27. Januar 2012
im Landtag Mecklenburg-Vorpommern**

Anrede,

ich danke Ihnen allen, dass Sie heute gekommen sind, um gemeinsam mit uns der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Herrn Erich Kary heiÙe ich an dieser Stelle besonders willkommen. Er ist ein Überlebender des Holocaust und wird heute als Zeitzeuge zu uns sprechen. Ich freue mich, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind und danke Ihnen, dass Sie bereit sind, über Ihre Erlebnisse, Ihre Gedanken und Ihre Erinnerungen zu sprechen.

Um die Gedenkveranstaltung künstlerisch zu umrahmen, gestalten die Preisträger des Bundeswettbewerbes „Jugend musiziert 2011“ und Studentinnen und Studenten der Hochschule für Musik und Theater in Rostock unter der Leitung von Herrn Volker Ahmels die musikalische Begleitung. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich.

In diesem Zusammenhang begrüÙe ich einen weiteren Ehrengast – Frau Dr. Eva Fox-Gál – sie ist die Tochter des Komponisten Hans Gál, von dessen Werk wir gerade einen musikalischen Auszug hörten. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Anrede,

das, was vor genau 67 Jahren nur gut 760 Kilometer östlich von Schwerin passierte, können wir hier und heute kaum erahnen. Wie eine unsichtbare Schranke entrückt uns die zeitliche wie geografische Distanz von einem Ort, einem Ereignis, das wohl ohne Zweifel den moralischen Tiefpunkt menschlichen Daseins beschreibt. Im nationalsozialistischen Vernichtungslager Auschwitz wurden über fünf lange Jahre Menschen systematisch von Menschen ermordet. Nicht nur die Quantität, sondern auch die Grausamkeit dieser Verbrechen übertrifft unser Vorstellungsvermögen. Das heutige Bild von Auschwitz wird zudem noch zusätzlich durch die überlieferten Schwarz-Weiß-Bildquellen von unserer modernen visualisierten Welt entrückt. Aber Auschwitz ist keine Geschichte aus einer fernen Zeit. Wir können und dürfen nie vergessen, was in Auschwitz passierte. Denn Auschwitz steht für den kollektiven Zusammenbruch des moralischen Immunsystems eines ganzen Volkes - unseres Volkes.

Anrede,

Deutsche tragen die Schuld für das, was in Auschwitz geschehen ist. Wir tragen heute keine Schuld, aber die Verantwortung für unsere Geschichte und deshalb ist es unsere Pflicht, als nachfolgende Generationen der Gräueltaten in den Vernichtungslagern und an den Fronten des Weltkrieges zu gedenken. Der 27. Januar widmet sich allen Opfern von 12 Jahren nationalsozialistischer Diktatur. Wir Deutsche erinnern uns heute an die Millionen Menschen, die ihr Leben, ihre Kindheit, ihre Familien und Freunde verloren haben, an die, die für immer traumatisiert wurden. Die Erinnerung an sie wach zu halten, das ist das Mindeste, was wir heute für sie tun können. Wir erinnern an die Kinder, an die Frauen und an die Männer - Menschen, die in der verblendeten Ideologie der Nationalsozialisten andersartig waren und deshalb geächtet, misshandelt und ermordet wurden.

Anrede,

der heutige Tag ist dem Gedenken und der Trauer an die Opfer des Nationalsozialismus gewidmet. Ein Tag jenseits der politischen Aufregung, jenseits des parlamentarischen Alltags. Es ist ein Tag, der in stillem Gedenken an die größte menschliche und politische Verfehlung der Geschichte erinnert. Ein Tag, der mahnen soll. Millionen Menschen wurden Opfer einer ideologischen Verblendung und des institutionalisierten Rassenwahns. Die Verbrechen zwischen 1933 und 1945 können nicht ungeschehen gemacht werden. Sie sind von so unfassbarer Grausamkeit und unvorstellbarem Ausmaß, dass sie mahnend über jeder Erinnerung an diese Zeit stehen. Sich als Gesellschaft dieser Erinnerung zu stellen, sie wachzuhalten und dafür Sorge zu tragen, dass kommende Generationen sich aktiv mit dieser Geschichte auseinandersetzen, ist allein deshalb unser aller Pflicht.

Anrede,

am 27. Januar 1945 hat die Rote Armee das Vernichtungslager Auschwitz befreit. Wenige Monate später endete auch in Deutschland mit der bedingungslosen Kapitulation die Herrschaft des Nationalsozialismus. Aufgrund der staatlichen Propaganda waren viele Deutsche bis zum Schluss Hitlers Regime gefolgt. Es hat lange gedauert, bis sich allmählich die Erkenntnis durchsetzte, dass die militärische Niederlage auch für uns Deutsche die Befreiung und die Möglichkeit für einen neuen Anfang war.

Anrede,

nicht vergessen werden darf aber, dass es auch Deutsche gab, die sich in dieser Zeit mit allen Kräften gegen das System der Diktatur gestemmt haben. Sie haben nicht nur anders gedacht, sondern auch anders gehandelt. Wir haben gerade heute allen Anlass, mit allem Respekt und Dank an jene Deutsche zu erinnern, die sich in ihrer Achtung der Menschenwürde niemals beirren ließen.

Anrede,

seit 1996 begehen wir am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, einen Tag des Gedenkens stellvertretend für all die Opfer des Nationalsozialismus. Als der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog diesen Gedenktag ins Leben rief, verknüpfte er damit die Hoffnung, die unfassbare Menschenverachtung des NS-Regimes als Mahnmal für Gegenwart und Zukunft im gesellschaftlichen Bewusstsein zu bewahren und so der Gefahr einer Wiederholung entgegenzuwirken.

Anrede,

die ungeschönte Kenntnis der Ereignisse der NS-Zeit ist die Voraussetzung für den reflektierten Umgang mit der Geschichte. Die massenmediale Thematisierung der Strukturen und Verbrechen der Nationalsozialisten ist nicht mit historischer Aufklärung zu verwechseln. Sie war es allerdings, die erst in den 70er und 80er Jahren ein öffentliches Klima für eine breite Diskussion über kollektive Schuld und kollektive Verantwortung der Deutschen schuf. Berufsgruppen und Eliten wurden in ihrer Rolle zur Zeit des NS-Regimes untersucht. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Ideologie und den perfiden Mechanismen brachten immer neue Erkenntnisse zutage. Man entwickelte Konzepte zur pädagogischen Auseinandersetzung mit bislang tabuisierten Themen und etablierte erste internationale Jugendprojekte. Eine Auseinandersetzung in gesamtgesellschaftlicher Breite und konstruktiver Bearbeitung begann.

Im Vorfeld des vierzigsten Jahrestages des Kriegsendes entbrannte in der Öffentlichkeit ein Disput darüber, ob das deutsche Volk am 8. Mai befreit worden sei. Mit diesem Datum verbinde sich, so der Einwand, auch der Zusammenbruch des Deutschen Reiches und neues Leid für Flüchtlinge und Vertriebene und die Menschen im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands nahm seinen Anfang. In seiner viel zitierten Rede am 8. Mai 1985 betonte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, dass das Ende des Krieges für viele Menschen sehr unterschiedliche Empfindungen habe auslösen müssen. Zugleich stellte er klar, dass der 8. Mai für einen Großteil der Bevölkerung ein Tag der Befreiung war.

Anrede,

genauso wie die Morde an Millionen unschuldiger Menschen unumstößlich in das Gedächtnis unserer Nation gehören, hat auch die Erinnerung an das Ende der Diktatur und an die Befreiung von dem Grauen einen bedeutsamen Platz in der Geschichte und mahnt künftige Generationen.

Die Verantwortung und die gesellschaftliche Bedeutung der Wahrung der Geschichte sind von besonderer Tragweite. Der Prozess des Wachhaltens der Erinnerungen ist keineswegs abgeschlossen und wird auch nie abgeschlossen sein. Entwicklungen der heutigen Zeit verdeutlichen immer wieder die Notwendigkeit diesen Diskurs mit aller Vehemenz zu führen.

Anrede,

zu den kraftvollsten Impulsen der gesellschaftlichen Entwicklung zählt der moralische Anspruch, aus den Verfehlungen vorangegangener Generationen zu lernen. In diesem Zusammenhang lässt sich die Etablierung des Grundgesetzes in der Bundesrepublik 1949 ohne Zweifel zu den großen gesellschaftlichen Errungenschaften zählen. Der Verfassungstext umfasst neben dem Grundbekenntnis zu der zukünftigen Form der politischen und gesellschaftlichen Existenz auch das unbedingte Bekenntnis zur Freiheit, zur Demokratie und zur Rechtsstaatlichkeit. Das Grundgesetz sichert die Einhaltung sozialer Maßstäbe und ist Grundlage einer objektiven Werteordnung.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Dies ist der erste Artikel des Grundgesetzes. Er garantiert eine gesellschaftliche und soziale Ordnung, die unter allen Umständen die Errichtung einer erneuten Diktatur der Unmenschlichkeit ausschließt. Neben dem ersten Artikel gibt es weitere Grundsätze im Verfassungstext, die auf alle Zeit unveränderbar geschrieben stehen. Das Bekenntnis zu den humanistischen Werten und Überzeugungen war Voraussetzung für den Wiederaufbau des zerstörten Landes und einer zerrissenen Gesellschaft.

Grundsätzen und Bekenntnissen zum Trotz wäre die Verfassung nur eine Abfolge von Worthülsen geblieben, hätte es nicht mutige Menschen gegeben, die bereit waren, den Neuanfang zu wagen und eine ganze Gesellschaft neu zu errichten. Die sprichwörtliche „Stunde null“ stellte neben dem materiellen Neuanfang auch eine ideologische Zäsur dar. Sozialwissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang von dem geistigen Neuaufbau unserer Gesellschaft. Diese Menschen haben Werte etabliert und Regeln gesetzt, die wir in der heutigen Zeit als selbstverständlich ansehen.

Dieses Selbstverständnis von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist gemeinhin der größte Unterschied zu den vielfältigen Ausprägungen totalitärer Gesellschaftsordnungen, wie wir sie heute noch in vielen Teilen der Welt vorfinden. Menschen werden aufgrund oberflächlicher Merkmale wie ihrer Klasse, ihrer Nationalität, ihres Geschlechts oder ihrer Religion diskriminiert – schlimmer noch, sie werden verachtet, gefoltert und getötet. Der Gedanke ungleichwertigen Lebens und die Vorstellung falscher Menschenbilder ist die Ursache der grausamsten Verbrechen der Menschheit.

Anrede,

diese absurde Überzeugung von der Ungleichwertigkeit von Menschen ist tief verwurzelt. Sie war der Grund für zahlreiche Kriege und noch heute ist diese Vorstellung der Ursprung von Neid, Hass und Gewalt auf dieser Welt. Die Einsicht, dass alles Leben, gleichwohl welchen Erscheinungsbildes, gleichwohl welcher Ausprägung überall auf der Welt ein Recht auf Leben und ein Recht auf Unversehrtheit besitzt, bleibt ein Ziel, für das zu kämpfen unsere Pflicht ist.

Leider gibt es aber auch in unserem Land antidemokratische Kräfte, die versuchen, das errungene gesellschaftliche Gleichgewicht zu stören. Verfechter der menschenverachtenden Ideologie des Nazi-Terrors verbreiten vielerorts ihre dumpfen Parolen. Rechtsextreme Gruppierungen versuchen in die Mitte der Gesellschaft vorzustoßen. Ihre Anhänger finden sich auf Dorffesten, in Bürgerinitiativen und längst auch in politischen Gremien wieder. Sie verkünden offen und zunehmend ohne Scham und Skrupel ihr undemokratisches und unmenschliches Gedankengut in der Öffentlichkeit. Sie kleiden sich bieder und mimen den souveränen Staatsmann. Sie versuchen, die Wähler einzulullen. Es werden einfache Schuldzuweisungen und simple Anklagen ohne Lösungsvorschläge formuliert. Bei genauerem Hinsehen bröckelt die Fassade und schnell wird klar, welch Geistes Kind die sogenannten nationalen Demokraten sind.

Anrede,

die im vergangenen Jahr bekannt gewordene grausame Serie von Morden und Anschlägen einer neonazistischen Verbrecherbande führt uns erneut vor Augen, wozu Fremdenfeindlichkeit und Hass führen können. Die geistigen Wurzeln reichen in die Zeit des Nationalsozialismus zurück und werden in der Programmatik der NPD wiederbelebt. Wir Deutsche sind eingedenk unserer Verantwortung für unsere Geschichte dazu aufgerufen, diesen Feinden der Demokratie die Stirn zu bieten und uns gegen Extremismus und Gewalt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu wehren. Rechtsextremismus will Diktatur durch Gleichschaltung, Zwang und Gewalt.

Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, in der Gesellschaft für Frieden, Demokratie und Toleranz zu werben und zugleich aktiv für die Grundwerte unserer Landesverfassung einzustehen. Demokratie ist der beste Garant für Frieden und Freiheit.

Anrede,

um dies dauerhaft zu gewährleisten, müssen Politik und Zivilgesellschaft zusammenstehen. Vor dem Hintergrund des heutigen Tages, ist es mir ein besonderes Bedürfnis nochmals und klar deutlich zu machen, dass die Gesellschaft und die Politik mit all ihr nach der Verfassung möglichen Mitteln in der Pflicht steht, sich gegen jedweden Vorstoß rechtsextremen Gedankengutes nach Kräften zur Wehr zu setzen.

Die Politik kann diese Aufgabe nicht allein bewältigen – hier müssen alle demokratischen Kräfte zusammenwirken. Jede und jeder Einzelne ist an seinem Platz gefordert – ob in der Familie, im Freundeskreis, am Arbeitsplatz oder im Verein.

Anrede,

der Landtag in Mecklenburg-Vorpommern hat zu Beginn dieser Wahlperiode im Herbst 2011 ein starkes Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt. Die Vorsitzenden der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterzeichneten gemeinsam die sogenannte „Schweriner Erklärung“. In ihr sprechen sich ganz im Sinne des Artikels 18a unserer Landesverfassung alle demokratischen Fraktionen gegen politische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit in unserem Land aus. Der gemeinsame Einsatz für die Demokratie und gegen jegliche Form der Zusammenarbeit mit rechtsextremen Kräften ist das Hauptziel. Es werden

alle parlamentarischen Möglichkeiten genutzt, um die Feinde unserer Gesellschaft in die Schranken zu weisen. Im parlamentarischen Alltag mag und darf gestritten werden – in einem sind die demokratischen Parteien sich jedoch einig – Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus zerstören die Demokratie und gefährden massiv den Zusammenhalt und die Werteordnung unserer Gesellschaft. Sie bedrohen ein friedvolles Zusammenleben und dürfen daher nicht toleriert und schon gar nicht akzeptiert werden.

Ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben funktioniert nur dann, wenn Demokratie mehr als eine Staatsform ist. Sie muss auch Lebensform sein. Eine lebendige Demokratie zu fördern, sie zu bewahren und an unsere Kinder und Enkel weiterzugeben, ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht.

Anrede,

bevor ich unseren Gast, Herrn Erich Kary, auf die Bühne bitte, möchte ich Sie ersuchen, sich jetzt von ihren Plätzen zu erheben. In einer Schweigeminute wollen wir gemeinsam aller Opfer der nationalistischen Gewaltherrschaft in Deutschland gedenken.